

# GRÜN.ES

04 | 2013

Bündnis 90 / Die Grünen  
Kreisverband Esslingen

## EINLADUNG

zur Kreismitgliederversammlung  
Do, 26. September 2013 - 19.30 Uhr

Rückseite

## WAHLEN 2014

Gemeinderat, Kreistag  
und Regionalrat

ab Seite 2

## EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

noch im August verlief der bundesweite Wahlkampf schleppend, die Sommerferien bremsten Menschen und Medien, und Angela Merkel tat alles, um die Bürgerinnen und Bürger einzulullen. Doch spätestens seit dem TV-Duell ist das Interesse erwacht: die Menschen diskutieren ihre Wahl-o-Mat-Ergebnisse, an den Infoständen kommen Wählerinnen und Wähler mit Fragen, Meinungen und Ermunterungen auf uns zu, unsere Veranstaltungen wie zum Beispiel mit Winfried Kretschmann sind gut besucht. Es wird immer mehr deutlich, dass auch eine Angela Merkel nicht über die Schwächen schwarz-gelber Regierungspolitik hinwegtäuschen kann.

Das Wichtigste ist: noch ist nichts entschieden! Viele Menschen sind noch unentschieden, ob und wen sie wählen. Das gibt uns in den letzten Wahlkampftagen die Chance, die Unentschiedenen von uns zu überzeugen und die Überzeugten dazu zu bewegen, zur Wahl zu gehen. Lasst uns die letzten Tage an Infoständen, auf Veranstaltungen und im persönlichen Umfeld nutzen, um zusammen mit unseren Kandidaten Matthias Gastel und Jürgen Menzel für grüne Stimmen, grüne Mandate und grüne Ideen zu kämpfen!

Am 25. Mai 2014 stehen uns schon die nächsten Wahlen ins Haus: die Kommunalwahlen in Gemeinden, Kreis und Region. Auf kommunaler Ebene haben zahlreiche grüne Räte über Jahre gezeigt, dass wir verantwortlich und nachhaltig mitgestalten können und wollen. Diese Arbeit hat den Grundstein für unsere Erfolge in Baden-Württemberg gelegt. Im nächsten Jahr brauchen wir bekannte und neue Gesichter, um unsere Präsenz in den Räten im Landkreis auszubauen. Frühzeitig wollen wir informieren und motivieren. Werde Teil des grünen Fundaments - der Kommunalpolitik!

Mit grünen Grüßen

ANDREAS HAMM  
Kreisvorstand



## KREISVORSTAND

wird neu gewählt!

Seite 11

## VERWIRREND - ABER DURCHSCHAUBAR

### Eine Übersicht zum Kommunalwahlrecht

Das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg ist auf den ersten Blick verwirrend. Mit dieser Übersicht möchten wir denjenigen, die sich das erste Mal damit auseinandersetzen, zum Beispiel unseren vielen Neumitgliedern, einen leichten, ersten Einstieg bieten.

Wer selbst als Bewerberin oder Bewerber antreten möchte, wer als Vorstand Fragen zum richtigen Vorgehen hat oder gar eine neue Liste initiieren möchte, darf sich jederzeit an den Kreisvorstand und das Kreisbüro wenden. Wir helfen gerne selbst oder ziehen die ExpertInnen der GRÜNEN kommunalpolitischen Vereinigung GAR zu Rate.



**ANDREAS HAMM**  
Kreisvorstand

### GEMEINDERATSWAHL

#### LISTE:

Bei der Gemeinderatswahl treten Wahllisten mit KandidatInnenvorschlägen gegeneinander an. Diese können entweder Parteilisten, die den Namen Bündnis 90 / Die Grünen tragen, oder lokale grün-nahe Wählervereinigungen sein (die dann z.B. Offene Grüne Liste heißen). Auf einer Liste dürfen maximal so viele KandidatInnen vorgeschlagen werden, wie es Sitze im Gemeinderat gibt – aber natürlich auch weniger. Spätestens nachdem in der Kommunalwahlordnung die, für uns Grüne nicht neue, gleiche Berücksichtigung von Frauen und Männern empfohlen wird, ist die abwechselnde Besetzung von Listenplätzen selbstverständlich.

#### KANDIDATINNEN:

Auf die Liste dürfen Personen gewählt werden, die Deutsche oder UnionsbürgerIn, mindestens 18 Jahre alt sind, in der Regel mindestens drei Monate im Kreisgebiet wohnen und die nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind. KandidatInnen müssen nicht Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen sein und dürfen Mitglied einer anderen Partei sein. Es dürfen auch Personen kandidieren, die miteinander verwandt sind – bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern darf allerdings nur eine der verwandten Personen das mögliche Mandat annehmen.

#### WAHL DER LISTE:

Die Wahl der Liste findet in einer Nominierungsversammlung auf lokaler Ebene statt. Sie wird vom Ortsverband bzw. der Mitgliederversammlung der Wählervereinigung durchgeführt.

#### WAHLPROGRAMM:

Jede Liste wird in einem Wahlprogramm Eckpunkte zu ihren Zielen formulieren. Dies geschieht durch den Ortsverband bzw. die Mitgliederversammlung der Wählervereinigung.

#### ZEITPLAN:

Die offizielle Einreichungsfrist endet am 27.03.2014. Es wird aus langjähriger kommunaler Praxis empfohlen die Nominierung mindestens vier Wochen vor Fristablauf durchzuführen um genügend Zeit zu haben, mögliche formale Fallstricke umgehen zu können.

### KREISTAGSWAHL

Der Kreistag wird in insgesamt 13 Wahlkreisen, die aus einer Stadt oder mehreren kleineren Gemeinden bestehen, gewählt. Dem entsprechend müssen wir auch 13 Listen von Bündnis 90 / Die Grünen aufstellen. Je nach Einwohnerzahl des Wahlkreises werden zwischen 15 Sitzen (WK Esslingen) und vier Sitzen (WK Frickenhausen) vergeben. Insgesamt besteht der Kreistag aus mindestens 86 KreisträtInnen – durch Überhangmandate werden es voraussichtlich über 100 sein. Auf jeder Liste dürfen maximal eineinhalb Mal so viele BewerberInnen vorgeschlagen werden, wie es Sitze für den Wahlkreis im Kreistag gibt – aber natürlich auch weniger. Auch bei der Kreistagswahl wollen wir die Listen abwechselnd mit Frauen und Männer besetzen.

Für den Kreistag gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die KandidatInnen des Gemeinderats. Zu beachten ist, dass der Bewerber oder die Bewerberin nur im Kreisgebiet wohnen muss, nicht aber zwangsläufig in dem Wahlkreis, in dem er oder sie antritt. Ab der Kommunalwahl 2014 ist es nicht mehr erlaubt, dass eine Person in zwei Wahlkreisen antritt.

Die Wahl der Listen findet in einer Nominierungsversammlung auf Wahlkreisebene statt. Sie werden von den betroffenen Ortsverbänden durchgeführt und auf Kreisebene im Rahmen des „OV-Netzwerks“ abgestimmt.

Die bisherigen Mitglieder der Kreistagsfraktion formulieren Artikel zu einzelnen Fach-Themen. Diese werden für gemeinsame Werbezwecke zur Verfügung gestellt.

Auch die Nominierung der Kreistags-Listen in den einzelnen Wahlkreisen sollte bis Ende Februar abgeschlossen sein, um genügend Vorlauf für die Formalien zu haben.

### REGIONALWAHL

Das Regionalparlament der Region Stuttgart wird über sechs Wahlvorschläge der beteiligten fünf Landkreise und des Stadtkreises Stuttgart gewählt. Wir als Kreisverband Esslingen stellen dabei eine BewerberInnen-Liste auf. Der Landkreis darf 15 Delegierte in die Regionalversammlung entsenden, entsprechend viele BewerberInnen dürfen auch auf unserem Wahlvorschlag platziert sein. Im Gegensatz zu den anderen Wahlen handelt es sich bei der Regionalwahl um eine Listenwahl. Jede/r Wahlberechtigte hat nur eine Stimme und wählt die komplette Liste. Die Reihenfolge der KandidatInnen kann dadurch also durch die WählerInnen nicht verändert werden.

Wählbar sind Deutsche, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten im Verbandsgebiet haben. UnionsbürgerInnen haben bei der Kommunalwahl weder das aktive noch das passive Wahlrecht!

Unser Wahlvorschlag wird in einer Nominierungsversammlung im Rahmen einer Kreismitgliederversammlung voraussichtlich im Februar 2014 abgestimmt.

Ein Wahlprogramm wird unter Federführung der bisherigen Regionalfraktion erstellt und im Rahmen einer KMV diskutiert. Das Wahlprogramm wird dann auf einer Delegiertenkonferenz der beteiligten Kreisverbände beschlossen. Die Delegierten werden auf einer KMV bestimmt.

Die Nominierung findet voraussichtlich im Februar / März 2014 statt. Die Delegiertenkonferenz in Absprache mit den anderen Kreisverbänden ebenfalls im Frühjahr 2014.

## GRÜN WÄCHST VON UNTEN!

Bei Bürgerentscheiden gibt es noch viel zu tun

**Teilhabe von Jugendlichen - Aktives Wahlrecht ab 16**

Mit der im April 2013 beschlossenen Änderung des Kommunalwahlrechts dürfen Jugendliche mit 16 und 17 Jahren erstmals (Ober-) Bürgermeister, die Gemeinderäte und Kreistage, die Stuttgarter Regionalversammlung und Ortschaftsräte mitwählen. Ebenfalls dürfen sie bei der Aufstellung der Wahllisten mitwirken, künftig Bürgerbegehren einreichen, an Bürgerentscheiden teilnehmen und Anträge zur Bürgerversammlung stellen. Damit verbreitern wir die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen in deren direkten Lebensumfeld. Und wir lösen ein Wahlversprechen ein. Die Senkung des Wahlalters ist ein Baustein eines Gesamtpakets. Die Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Jugendgemeinderates oder einer anderen Kinder- und Jugendvertretung ist der zweite Baustein, der noch folgen wird.

**Mehr Frauen in die Gemeinderäte!**

Unter den in 2009 gewählten Gemeinderatsmitgliedern sind nur 22 Prozent Frauen. Wir Grünen haben mit 43,5 Prozent den mit Abstand höchsten Frauenanteil. Im neuen Kommunalwahlrecht heißt es nun: „Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlages berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden.“ Aus rechtlichen Gründen ist das „Reißverschlussverfahren“ nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlages.

**Neues, gerechteres Auszählverfahren**

Mit dem bisherigen d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren, mit dem die Anzahl der Sitze, die einer Gruppierung zustehen, errechnet wurden, wurde der Wählerinnen- und Wählerwille nicht immer korrekt wiedergegeben. Künftig werden die Sitze nach dem Höchstzahlverfahren von Sainte-Laguë / Schepers ermittelt. Außerdem wird die Möglichkeit, bei Kreistagswahlen in zwei Wahlkreisen zu kandidieren, wieder abgeschafft. Weiterhin kann jemand in einem anderen Wahlkreis als dem Wohnortwahlkreis gewählt werden – innerhalb des eigenen Landkreises.

**Mehr direkte Demokratie in den Kommunen**

Pro Jahr kommt es in den rund 1.100 Kommunen des Landes zu durchschnittlich 25 Bürgerbegehren (die Vorstufe zu einem Bürgerentscheid). Davon münden rund die Hälfte in einen Bürgerentscheid, also der eigentlichen Abstimmung über ein strittiges Thema. Der Grund dafür liegt an den Hürden, die in Baden-Württemberg weitaus höher sind als in nahezu allen anderen Bundesländern. So müssen beispielsweise für die Kreisstädte im Landkreis Esslingen zunächst – meist binnen sechs Wochen – 2.500 Unterschriften gesammelt werden. Dann war das Bürgerbegehren erfolgreich und es kommt zum Bürgerentscheid. Dabei ist aber nicht die Mehrheit alleine entscheidend, sondern die Mehrheit muss durch mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten zustande gekommen

sein. Wir wollen eine Absenkung dieses Zustimmungsquorums. Wenn Bürgerbeteiligung am Quorum scheitert, ist das ein Rückschlag für die direkte Demokratie. Ein Mehrheitsvotum wird ignoriert, der Aufwand war für die Beteiligten umsonst und erzeugt bei den Bürgerinnen und Bürgern nur Frust. Ein Bürgerentscheid darf nicht von passiven, nicht teilnehmenden Bürgern abhängig gemacht werden. Wir wollen eine Regelung, in der die gestellte Frage in dem Sinne entschieden wird, wie sie von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beantwortet wurde.

Ein weiterer Aspekt macht es der direkten Demokratie in den Kommunen schwer: Für einige zentrale Themen wie die Bauleitplanung sind Bürgerentscheide nicht zulässig. Wir Grünen wollen keinen umfangreichen Ausschlusskatalog. Wie in Bayern sollen über die wesentlichen Themen, die der Gemeinderat behandelt, Bürgerbegehren eingereicht werden können.

**Mehr GRÜN in die Gremien – die GAR unterstützt**

Derzeit haben wir Grünen in Baden-Württemberg 1.161 Gemeinderats- und 246 Kreistagsmandate. Im Kreis Esslingen sind es 74 Mandate in 20 Gemeinderäten (inklusive grün-nahen Listen) und eine 14-köpfige Kreistagsfraktion. Wir wollen, dass es bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 mehr werden! Die Grünen und Alternativen in den Räten (GAR), unsere kommunalpolitische Vereinigung auf Landesebene, leistet hierfür wertvolle Unterstützung: In ihrem Kommunalwahl-Reader werden alle wichtigen Informationen rund um die Aufstellung einer Wahlliste leicht verständlich erklärt. Und die GAR arbeitet derzeit an einer kommunalpolitischen Erklärung, einer Art „Wahlprogramm“. Diese Erklärung wird am 9. und 10. November auf der Landesdelegiertenkonferenz in Esslingen (!) verabschiedet. Beides - den Reader und den Entwurf der kommunalpolitischen Erklärung - könnt Ihr bei der GAR anfordern (gar@gar-bw.de).

Andreas Schwarz (MdL) und Matthias Gastel; beide im Landesvorstand der GAR. Sie stehen gerne vor Ort für Rückfragen zur Verfügung. Besonders gerne bieten sie ihre Unterstützung für die Neugründung von grünen Listen in bisher weißen Flecken an.

**ANDREAS SCHWARZ MdL**  
Landesvorstand GAR



**MATTHIAS GASTEL**  
Landesvorstand GAR



## WAS MACHT EIGENTLICH DER KREISTAG?

Prickelnder, spannender Schlagabtausch

Kommunalpolitik ist spannend, weil sie nahe an den Menschen ist. Beim Kreistag könnten da Zweifel kommen, denn mit etwa 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Nähe nicht mehr so gegeben wie in der Gemeinde.

Prickelnd und spannend ist der Schlagabtausch im Kreistag aber dennoch. So schlägt z. B. der Puls schon höher, wenn das Krankenthema aufgerufen wird. Erstens, weil die Gesundheit und gute ärztliche Versorgung natürlich uns alle betreffen und weil es um sehr viel Geld geht. Zweitens, weil Ruit, Plochingen, Nürtingen und Kirchheim als Klinikstandorte stolz sind auf die Infrastruktur „Kreisklinik“. Ein Zusammengehen des städtischen Klinikums Esslingen mit den vier Kreiskliniken, was wir GRÜNE sehr begrüßen, würde Doppelstrukturen abbauen und das „Wettrüsten“ der Konkurrenten beenden mit hoffentlich finanziell positivem Effekt, aber evtl. auch Bereinigungen an einzelnen Standorten. Je nach Wohnort, können die Interessen da heftig differieren. Spannend waren und sind diese Diskussionen für alle Mitglieder auf jeden Fall.

In den letzten Jahren drehten sich einige Sitzungen um dieses Thema – wobei besonders die Ausschussarbeit dabei in die Tiefe der Materie geht. Während im Kreistag, der etwa fünfmal pro Jahr tagt, mit 100 Mitgliedern weniger Diskussion, mehr die vorbereitete Rede dominiert, sind die Ausschüsse mit 23 Mitgliedern echte Diskussionsrunden. In den Bereichen Technik und Umwelt, für uns ein ganz wichtiges Gebiet, auf dem die Energieeffizienz der Kreisgebäude, der Straßenbau und die Abfallwirtschaft immer wieder Thema sind, aber auch Umweltschutz und Bausanierung. Im Sozialausschuss mit den Themen der Sozialeinrichtungen des Kreises, in dem die Fragen der sozialen Gerechtigkeit eine wichtige Rolle spielen, im Schul- und Kulturausschuss, in dem sowohl die Trägeraufgaben der sieben Berufsschulen und der Sonderschulen verhandelt werden, aber auch das Freilichtmuseum und andere kulturelle Themen, die für Teile der Bürgerschaft sehr bedeutend sind. Natürlich spielen die Finanzen auch im Kreis eine entscheidende Rolle, werden diese doch zum großen Teil aus der Kreisumlage der Städte und Gemeinden gespeist; d. h. alles, was der Kreis erhält, ist Geld, das die Kreiskommunen ebenfalls gut gebrauchen könnten. Dass hier hitzige Debatten im Finanz- und Verwaltungsausschuss stattfinden, zumal viele Bürgermeister im Kreistag sitzen, ist vorprogrammiert. Ein besonderes

Aufgabenfeld hat der Kreis im Jugendhilfeausschuss. Durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz sind hier die Aufgaben bestimmt. Auch der Kreisjugendring mit den Jugendhäusern und der Schulsozialarbeit liefern in diesem Ausschuss genug Stoff für Diskussion.

Ähnlich wie der Kreistag treffen sich auch die Ausschüsse etwa fünfmal jährlich und zwar immer donnerstags, wie der Kreistag auch, so dass zehn Donnerstage belegt sind. Sitzungszeit ist nachmittags – für den Kreistag ab 16 Uhr, die Ausschüsse nach Tagesordnung auch mal früher.

Um bei den Abständen der Sitzungen aktuell immer auf dem Laufenden zu sein und um die – manchmal schwierigen Positionen – nicht alleine finden zu müssen, trifft sich die Kreistagsfraktion etwa zehnmal pro Jahr – ebenfalls am Donnerstag, um Meinungsaustausch und Positionsfindung gemeinsam zu bearbeiten und Abstimmungsverhalten zu beraten. Mit den derzeit 14 Leuten – jeweils zwei bis drei pro Ausschuss – macht Kreispolitik mir zumindest richtig Spaß. Zu jedem Thema gibt es Expertenwissen in der Fraktion, und das Zusammentragen der verschiedenen Sichtweisen ergibt eine gute Entscheidungsgrundlage; so finden wir in der Regel Positionen, die jeder und jede gut vertreten kann. Im Team politisch zu arbeiten und zu diskutieren und grüne Positionen zu schärfen, um sie dann im Gremium mit den anderen Fraktionen auszutauschen und für die grüne Position zu kämpfen, kann anstrengend sein. Dies erfüllt jedoch auch sehr oft mit Freude – besonders, wenn die grünen Gedanken und Vorschläge aufgegriffen und verwirklicht werden.

In der jährlichen Klausurtagung legen wir GRÜNE die Grundlagen für den kommenden Haushalt. Richtungsweisend, ökologisch und sozial gehen wir die Probleme an und machen auch im Kreistag die alte Grüne Erfahrung: unser Antrag wird abgelehnt und kommt in wenig abgeänderter Form von der Verwaltung oder den anderen Fraktionen bald wieder auf den Tisch – dann mit Erfolg; wir sehen es als Erfolg unserer Vorschläge.

Ich bekenne, dass ich sehr gerne im Kreistag und besonders mit den KollegInnen der Grünen Fraktion für die Ziele der GRÜNEN arbeite.



**MARIANNE ERDRICH-SOMMER**  
Vorsitzende der Kreistagsfraktion

**GESUCHT:**  
MEINUNGEN,  
VORSCHLÄGE,  
PROJEKTE,  
BERICHTE,  
IDEEN, TEXTE  
& BILDER.

Für zukünftige Ausgaben suchen wir all das.

Meldet Euch beim Redaktionsteam:

[mail@gruene-es.de](mailto:mail@gruene-es.de)

## VERBAND REGION STUTTGART - VORREITER ODER PAPIERTIGER?

### Besonderes Jahr für den Verband Region Stuttgart

Für den Verband Region Stuttgart (VRS) hat es das Jahr 2013 in sich. Dynamische Vorreiterregion oder Landung als Papiertiger – so kann man die gegenwärtige Situation umschreiben. Nach einer langen Zeit der Stagnation – der ehemalige Antreiber und Direktor Bernd Steinacher ist seit 2008 tot, seine Nachfolgerin Jeannette Wopperer nach ihrem schwachen Start ebenfalls seit Dezember 2011 amtsunfähig – geht es nun ums Ganze. Zusammen mit der SPD haben wir Grünen den Antrag gestellt, die Verbandsspitze von Regionalpräsident und –direktor zu einer starken Führung mit mehr Gewicht in einem Amt zusammenzuführen. Dafür muss aber das Verbandsgesetz von der Landesregierung geändert werden. Dafür setzen wir uns auch bei unserer LT-Fraktion ein.

Das allein aber ist nicht genug. Wir wollen diese Situation auch nutzen, um eine andere Schwachstelle der Region zu lösen – die geringe Kompetenz beim regionalbedeutsamen ÖPNV. Bislang ist die Region ja hauptsächlich für den S-Bahnverkehr zuständig. Die regionalen Busverkehre werden in Eigenregie der Landkreise organisiert. Das führt zu völlig unzumutbaren Situationen für den regionalen ÖPNV-Nutzer: die Anschlussverbindungen an die Nacht-S-Bahn sind in den Landkreisen unterschiedlich organisiert, entweder als Nachtbus oder als Nachttaxi. Wer von Ludwigsburg nach Esslingen fährt, muss zwei völlig unterschiedliche Systeme beherrschen und verschiedene Tickets kaufen. Das wollen wir ändern. Eine einheitliche Aufgabenträgerschaft für den regionalbedeutsamen ÖPNV und die Busverkehre heißt das Ziel. Das ist ein dickes Brett zum Bohren. Es geht vor allem gegen die Landräte, die ihre Hoheit in Gefahr sehen. Wir wollen dagegen keine Machtspielchen, aber einen einheitlichen, mit einem Ticket und problemlos zu befahrenen ÖPNV Raum von Besigheim bis Beuren und von Weil der Stadt bis Welzheim. Aber dafür muss das ÖPNV-Gesetz geändert werden. Entwürfe und Diskussionen mit der LT-Fraktion gibt es bereits, eine Entscheidung steht noch aus. Wir meinen, dass damit die Nutzung und der „Modal-split“ zugunsten von Bus und Bahn verbessert werden kann.

Die Widerstände allerdings sind groß. Der Verband ist sozusagen die letzte schwarze Bastion in der Region, seitdem in Stadt und Land die Farbe ‚grün‘ vorherrscht. Verständlicherweise sind da die Vorbehalte auch in den eigenen Reihen der Regionalräte und -rätinnen groß. Aber die Region ist mit ihren Aufgaben eigentlich eine starke Vertreterin für Grüngürtel, ÖPNV und Nachhaltigkeit, wofür auch ein gewisser Konsens zwischen den Parteien herrscht. Und warum sollte nicht nach den nächsten Wahlen auch die grüne Fraktion in der Region eine größere und führende Rolle spielen? Wir sehen in den Änderungen eine wichtige Weichenstellung, um grüne Themen in der Region weiter voranzutreiben.

Verkehrspolitik für den regionalbedeutsamen ÖPNV und die Regional- und Raumplanung sind die zwei großen Aufgaben des Verbandes Region Stuttgart. Bei der Regionalplanung hat sich die Region nicht immer Freunde bei den Kommunen gemacht. Die Interessen zum Ausbau von Wohnungsbau und

Gewerbe und zum Erhalt von Freiflächen und Grünzäsuren zwischen Kommunen und Region sind doch manchmal zu unterschiedlich. Der Landschaft allerdings tut die teils restriktive Siedlungspolitik gut. In den Wald und bis ins Feld sind die Wege kurz. Alle BürgerInnen der Region profitieren von dem Schutz und dem parteiübergreifenden Konsens für eine sehr zurückhaltende Siedlungs- und Infrastrukturplanung.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung können wir dagegen nicht sehr zufrieden sein. Die Region Stuttgart ist weiter vorwiegend eine Autoregion. Das Profil der Region ist lange nicht ausreichend auf „nachhaltiges Wirtschaften“ ausgelegt. Unser Einsatz für konkrete Ziele beim Klimaschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien war nicht so erfolgreich wie nötig. Alle lavieren um klare Vorgaben und Umsetzungen herum und wir treten häufig auf der Stelle. Nun soll es ein neues „Leitbild“ für die Region richten, eine Strategie soll die Voraussetzungen schaffen, dass die Region mit nachhaltigem Profil Aussichten auf Förderung beim neuen EFRE-Programm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) der EU bekommt. Hier muss noch kräftig gearbeitet werden, eine starke grüne Fraktion ist dafür die beste Voraussetzung.

Der KV Esslingen ist in der Verbandsversammlung gut vertreten. Ingrid Grischtschenko führt seit langem die Fraktion. André Reichel, seit zwei Perioden in der RV vertreten, ist ein starker Sprecher für einen stärkeren ÖPNV und auch im Fraktionsvorstand. Ludger Eltrop, ebenfalls seit zwei Perioden in der RV, ist für die Wirtschaft zuständig und kämpft für mehr Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien. Trotz aller Wirkung, die wir in der Region entfalten können („Grün wirkt!“), die kommende Wahlperiode wird wieder eine starke grüne Fraktion und Vertretung aus Esslingen brauchen. Kämpfen wir dafür.

**INGRID GRISCHTSCHENKO**  
Fraktionsvorsitzende der  
Regionalversammlung



**LUDGER ELTROP**  
Regionalrat



**ANDRÉ REICHEL**  
Regionalrat



## BAHNGEWINNE MÜSSEN INVESTIERT WERDEN

### Damit der Schienenpersonennahverkehr funktioniert

Die grün-rote Landesregierung stockt 2013 und 2014 die Regionalisierungsmittel, mit denen der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) finanziert wird, um insgesamt rund 170 Millionen Euro aus Landesmitteln auf. In einer ähnlichen Situation hatte die CDU vor Jahren Züge abbestellt. Die grün-rote Koalition mit Verkehrsminister Hermann und Finanzminister Schmid dagegen sichert das SPNV-Angebot mit eigenen Haushaltsmitteln. Dies geht aber nicht auf Dauer.

Im Zuge der Bahnreform Mitte der 90er Jahre war die Zuständigkeit für den SPNV auf die Länder übergegangen. Seitdem erhalten die Länder die sogenannten Regionalisierungsmittel, um Züge bestellen zu können. Die Regionalisierungsmittel wurden mehrfach gekürzt und werden seit 2009 mit 1,5 Prozent dynamisiert. Baden-Württemberg erhält 2013 vom Bund rund 750 Millionen Euro für den SPNV. Die Regionalisierungsmittel reichen allerdings nicht mehr aus, sodass das Land eigene Haushaltsmittel zuschießen muss, um alle Aufgaben im SPNV zu stemmen. Im Jahr 2013 sind dies rund 80 Mio. Euro, im Jahr 2014 werden es bereits knapp 100 Mio. Euro. Die Bestellung eines überwiegenden Teils der Schienenverkehre war von der Vorgängerregierung im von 2003 bis 2016 laufenden Großen Verkehrsvertrag ausgehandelt worden. Die lange Laufzeit und die steigenden Ausgaben belasten den Landeshaushalt. Einen Ausweg bieten lediglich Neuvergaben, die aber von der alten Regierung nicht rechtzeitig vorbereitet wurden. Hervorzuheben ist, dass zwischenzeitlich annähernd die Hälfte der für die SPNV Bestellung verwendeten Regionalisierungsmittel für Stations- und Trassenutzung verwendet werden müssen. Allein in den letzten drei Jahren haben sich die Ausgaben für das Land nur durch Steigerungen bei den Stations- und Trassenpreisen um knapp 50 Mio. Euro erhöht, wobei die Stationspreise im Ländervergleich überdurchschnittlich angestiegen sind. 2011 war es eine Steigerung von 14,8 % gegenüber dem Vorjahr, 2012 waren es 9,6 % und 2013 weitere 5 %.

**Gewinnabführung der Deutschen Bahn an den Bund:** Die Deutsche Bahn AG verzeichnet erneut einen Rekordgewinn: Ihr Netto-gewinn stieg 2012 um knapp 11 Prozent auf fast 1,5 Mrd. Euro (2011 um über 25 Prozent auf über 1,3 Mrd.). Die stärksten Gewinnbringer waren wiederum Schienennetz und Bahnhöfe. Ein großer Teil des Gewinns (500 Mio., 2012 sogar 525 Mio. Euro) landet letztendlich in der Kasse des Bundesfinanzministers. Das bedeutet, dass ein Teil der Regionalisierungsmittel, die der Bund an die Länder

überweist, auf diesem Weg wieder zurück an den Bund fließt. Durch den ungünstigen Großen Verkehrsvertrag trägt Baden-Württemberg einen hohen Anteil hieran. Das muss ein Ende haben. Diese Gelder müssen künftig für Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur bereitgestellt werden. Hätte Baden-Württemberg im Jahr 2012 den gleichen Anteil an Regionalisierungsmitteln wie bei Inkrafttreten des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (RegG) am 1. Januar 1996 erhalten, hätte das Land statt 739,6 Mio. Euro über 80 Mio. Euro mehr, nämlich 821,1 Mio. Euro, erhalten. Die Reform der Mittelzuteilung an die Länder 2006 hat die Flächenländer mit Bevölkerungswachstum deutlich benachteiligt. Ziel muss deshalb im Rahmen der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 eine bedarfsgerechte Anpassung der Quote für Baden-Württemberg sein. Wachsende Fahrgast- und wachsende Bevölkerungszahlen müssen sich in den jeweiligen Länderquoten widerspiegeln. Die Fahrgastzahlen im SPNV haben sich in Baden-Württemberg in den letzten Jahren sehr positiv (zwischen 2002 und 2012 plus 70 Prozent) entwickelt.

#### Forderungen:

Die geschilderten Fakten können nicht ignoriert werden. Die Landtagsfraktionen der GRÜNEN und der SPD haben daher eindeutige Forderungen:

- Die vom Bund zugewiesenen Mittel müssen sich an den tatsächlichen Kosten orientieren. Der Bund muss die Regionalisierungsmittel entsprechend der Steigerungen bei Stations- und Trassenpreisen sowie der sonstigen Kosten anpassen. Dies erfordert eine stärkere Dynamisierung als bisher.
- Es muss eine bedarfsgerechte Verteilung der Regionalisierungsmittel zwischen den Ländern geben. Im Südwesten besteht durch die noch dynamischere Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung Nachholbedarf beim Schienenpersonennahverkehr. Der Verteilungsschlüssel spiegelt nicht die wirkliche Entwicklung der letzten Jahre wider.
- Erlöse über Stations- und Trassenpreise muss die Deutsche Bahn wieder in das Netz investieren. Es kann nicht sein, dass die Deutsche Bahn hiermit wesentliche Gewinne erzielt, diese dann aber nicht wieder in die Infrastruktur investiert, sondern über die Holding dem Bundesfinanzminister überweist.



**ANDREAS SCHWARZ Mdl**

### MEINUNG GEFRAGT!

Für zukünftige  
Schwerpunkthemen  
suchen wir Autoren!

Mehr auf Seite 11.

## ROHSTOFFLAND DEUTSCHLAND

### Green Economy: 100%iger Kreislauf

**Rohstoffrecycling und Ressourceneffizienz:** Die Knappheit von Rohstoffen stellt eine Grenze für das Wirtschaften und den Konsum dar. Dabei definiert sich die Knappheit durch geologische Gegebenheiten oder wirtschaftlich-technischen Grenzen der Wiederverwertung. Aber auch ökologische Grenzen (Verstärkung Klimawandel, Biodiversitätsverluste durch Rohstoffabbau), soziale Verhaltensgebote (z. B. Situation der Beschäftigten) und die geopolitische Situation in den Abbaugebieten spielen eine sehr wichtige Rolle.

**Wenn nichts unternommen wird:** Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 9 Mrd. Menschen auf der Erde leben, die alle Wasser, Energie, Rohstoffe brauchen. Ohne Steigerung der Ressourceneffizienz wird allein China im Jahr 2031 rund 90 Prozent der Weltproduktion an Papier und Stahl verbrauchen. Bei Rohöl wären es sogar über 110 Prozent, wenn nichts unternommen wird. Der jährliche Ressourcenverbrauch der Deutschen pro Kopf liegt bei 40 Tonnen (Stand 2011). Gerechtere wäre laut unterschiedlichen Studien ein Pro-Kopf Verbrauch von sechs Tonnen.

**Rohstoffland Deutschland:** Ressourcenschutz, Ressourceneffizienz und Klimaschutz sind also dringliche gesellschaftliche Aufgaben. Die Abfallwirtschaft ist in den letzten Jahren einen beispielhaften Weg der Ökologisierung gegangen. Dies wollen wir konsequent weiter ausbauen und langfristig auf alle Rohstoffe erweitern: Deutschland soll langfristig eine 100 prozentige Kreislaufführung bei Rohstoffen erreichen und so zum Rohstoffland werden. Die Forderung nach einer Green Economy, also einer konsequent an ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Profitabilität und sozialer Inklusion ausgerichteten Wirtschaftsweise, wird von Grün-Rot vorangetrieben. Gerade Zukunftstechnologien basieren häufig auf importierten Rohstoffen, die an den internationalen Märkten immer knapper werden. Importabhängigkeit und Kostenrisiken für die heimische Industrie wollen wir minimieren und Versorgungsengpässe möglichst vermeiden.

**Leasing und Green Economy:** Der Einsatz von Sekundär (also recycelten) -rohstoffen muss ein Teil der Produktverantwortung des Herstellers werden, denn dann schaffen wir den Anreiz, Produkte schon bei der Herstellung und entlang der gesamten Wertschöpfungskette an den Anforderungen einer hochwertigen Wiederverwertung und Recyclingfähigkeit auszurichten. Auch wir Konsumenten müssen Teil der Green Economy werden. Das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“, welches beim Leasing für Autos, Drucker, Werkzeug schon heute praktiziert wird, kann auf viele andere Produkte wie Haushalts- und Gartengeräte, Handys ausgeweitet werden. Damit werden Produkte tatsächlich an den Hersteller / Verleiher zurückgegeben und hochwertig wiederverwertet.

**Abfallwirtschaftsplan und Roadmap:** Baden-Württemberg hat bereits 2010 als eines der ersten Bundesländer eine Landesinitiative Umwelttechnik und Ressourceneffizienz aufgelegt und in der Landespolitik als Leitthema gesetzt.

Seit 2011 wurde dieser Bereich mit den Bereichen der Kreislaufwirtschaft und Abfalltechnik in einer Abteilung gebündelt. Eine zentrale Anlaufstelle für Energie- und Ressourceneffizienz und das Innovationszentrum Umwelttechnik wurden geschaffen. Ferner wurde der Abfallwirtschaftsplan fortgeschrieben (seit Mai 2013 in der Anhörung). Es sollen z. B. Netcorecyclingquoten für verschiedene Rohstoffkategorien (Eisenmetalle, Nichteisenmetalle, Glas, Papier usw.) eingeführt werden. Der Nachhaltigkeitsrat (im April 2001 von der Bundesregierung berufen) empfiehlt eine „Roadmap“ zum „Rohstoffland Deutschland“ zu entwickeln, die Erfassungsquoten für Massenrohstoffe und für strategisch wichtige Rohstoffe für Schlüsseltechnologien (Edelmetalle, Halbedelmetalle, Seltene Erden) festlegt.

Die Recyclingtechniken in Deutschland sind gut. Stahl, Blei, Aluminium oder Kupfer können zu fast 100 Prozent recycelt werden. Alle gängigen Basismetalle, auch Zinn, Zink oder Nickel, werden sogar aus der Schlacke von Müllverbrennungsanlagen zurückgewonnen. Bei strategischen Rohstoffen, die für Zukunftstechnologien nötig sind, wie z. B. Platin für Brennstoffzellen, Selen für Photovoltaik, Coltan für Handy und Laptop usw. besteht noch viel Entwicklungsbedarf, denn bisher ist die Wirtschaftlichkeit des Recyclings noch nicht gegeben. Ziel eines innovativen Recycling muss es ferner sein, kein „Downcycling“ zu bekommen sondern einen gleich- oder höherwertigen Stoff zu gewinnen (Upcycling). Dies gelingt zum Teil schon heute. So werden durch den Einsatz von Recyclingbeton Recyclingbaustoffe, die bisher nur im Tiefbau eingesetzt werden können, auch für den Hochbau nutzbar. Wurden in ersten Pilotprojekten Recyclingbetone zunächst im Wohnbau eingesetzt, so ist jetzt vorgesehen, die Recyclingbaustoffe auch bei höherbelasteten Bauteilen zu nutzen (z. B. Brücken, Decken- und Tragkonstruktionen).

Mit dem Ausstieg des Landes aus der Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft wurde der im Klärschlamm enthaltene Phosphor dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Mit einem durch das Land geförderten Verfahren der Universität Stuttgart können Phosphor und Stickstoff aus den Klärschlämmen wiedergewonnen und als Dünger der Landwirtschaft verfügbar gemacht werden. Eine Pilotanlage wurde bei Offenburg 2011 eingeweiht und soll 2013 bis zur Marktreife weiterentwickelt werden.

**ANDREAS SCHWARZ Mdl**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender



## IM GESPRÄCH MIT WOHNUNGSLOSEN

### Grün-Rot baut Hilfen aus

Einen besonderen Nachbarschaftsabend haben wir im August in der Esslinger Weststadt verbracht: Gemeinsam mit der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart (EVA) habe ich die Bewohnerinnen und Bewohner des Aufnahmehauses für Wohnungslose in der Esslinger Schlachthausstraße und des Berberdorfs an der B10 zu einem Grillfest eingeladen. Das Aufnahmehaus liegt ganz in der Nähe meiner Wohnung, und so konnte ich mit meinen Nachbarn ins Gespräch kommen und mich zugleich über die Lage der Wohnungslosenhilfe informieren.

Die Bewohnerinnen und Bewohner verbrachten zusammen mit den Sozialarbeiterinnen der EVA, die Trägerin der beiden Einrichtungen ist, unserer Kreisrätin Margarete Schick-Häberle und mir einen gemütlichen Abend. Es wurde über Lebenswege und Perspektiven, über Politik und Gott und die Welt gesprochen.

Regine Glück, EVA-Abteilungsleiterin für Menschen in Armut und Wohnungsnot im Landkreis Esslingen, erklärte, dass sie im Berberdorf sowohl die technische Ausstattung als auch das Betreuungskonzept gerne verbessern würde. Deshalb wünscht sie sich eine kleine biologische Kläranlage und kleinere Wohneinheiten.

Als grün-rote Koalition haben wir die Hilfen für Wohnungslose ausgebaut und daher die Landesmittel für solche Investitionszuschüsse vervierfacht. Hoffentlich wird es trotz des komplizierten Rechtsstatus des Berberdorfs möglich, dass dies den dortigen Bewohner zu Gute kommt.

TEXT: Andrea Lindlohr Mdl



**ANDREA LINDLOHR Mdl** - im Gespräch mit Wohnungslosen  
(Foto: Andreas Fritz)

## VERANSTALTUNGEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG:

### WIE KOMMT ETHIK INS GESCHÄFT?

Zweites Stuttgarter Denkatelier  
Freitag, 25. Oktober 2013, Stuttgart

Info & Anmeldung: <http://gruenlink.de/mfo>

### RECHTSRUM?!

Wie begegnet Europa antidemokratischen Tendenzen?  
Samstag, 26. Oktober 2013, Stuttgart

Info & Anmeldung: <http://gruenlink.de/mfp>

## WAS GIBT'S NEUES?

Was hat sich in Euren Ortsverbänden so getan oder geändert? Gibt es neue MandatsträgerInnen oder Adressänderungen?

Bitte haltet das Kreisbüro mit einer kurzen Mail an [mail@gruene-es.de](mailto:mail@gruene-es.de) auf dem Laufenden!

## EIN UMWELTFREUNDLICHERES BAURECHT

### Kfz-Stellplätze je nach Bedarf der Kommune

Als grün-rote Koalition wollen wir das Baurecht modernisieren und umweltfreundlicher gestalten. Andreas Schwarz als Vorsitzender des Arbeitskreises Verkehr und Infrastruktur und ich als Sprecherin für Bauen und Wohnen haben viele Vorgespräche mit Kommunen und Verbänden geführt, die dazu beigetragen haben, dass das Kabinett am 23. Juli einen Gesetzentwurf zur Novelle der Landesbauordnung zur Anhörung freigegeben hat. Gerne könnt Ihr uns Rückmeldungen dazu geben.

Das neue Baurecht soll den Kommunen unter anderem ein breiteres Satzungsrecht bei der Anzahl privater Kfz-Stellplätze geben, die beim Bau neuer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Nach geltender Rechtslage schreibt §37 LBO mindestens einen und bis zu zwei Stellplätze pro Wohnung vor. In Zukunft sollen Kommunen auch per Satzung festlegen können, dass weniger als ein Kfz-Stellplatz pro neu geschaffener Wohnung ausreicht. Das macht zum Beispiel bei der Nachverdichtung in Stadtgebieten Sinn, wo Stellplätze nur noch in kostspieligen Tiefgaragen möglich sind. Außerdem steht dort mit dem ÖPNV regelmäßig eine attraktive Alternative bereit, sodass in der Praxis die teuren Kfz-Stellplätze häufig ungenutzt bleiben. Flankiert wird dieser Vorstoß für mehr nachhaltige Mobilität mit mehr Möglichkeiten zur Schaffung von Fahrradstellplätzen. Diese können teils auf Kfz-Stellplätze angerechnet werden. Für bauliche Anlagen, bei denen mit

einem erheblichen Zu- und Abgangverkehr mit Fahrrädern zu rechnen ist, müssen zukünftig Fahrrad-Stellplätze in erforderlichem Umfang bereitgestellt werden. Davon sind z.B. Büro- und Behördengebäude betroffen. In gemischt genutzten Gebäuden, wenn sich also z.B. ein Supermarkt im Erdgeschoss eines Wohnblocks befindet, sollen ebenso Abstellflächen für Fahrräder und Kinderwagen vorgeschrieben sein wie heute schon in reinen Wohngebäuden. Barrierefreiheit in einem Geschoss muss in Zukunft bereits für Gebäude mit mindestens zwei anstatt wie bisher vier Wohneinheiten gewährleistet sein.

Zusätzlich soll die LBO-Novelle die Nutzung regenerativer Energien erleichtern. Für die Installation von Solar- und Kleinwindanlagen soll ein Rechtsanspruch auf Abweichung von bauordnungsrechtlichen Vorgaben gelten, z.B. in Bezug auf Abstandsflächen und den Brandschutz. Für die Tierhaltung in Ställen wird der Brandschutz verbessert. Das Kennnisgabeverfahren, dessen Einführung wir in der Vergangenheit bereits abgelehnt hatten, wollen wir in Zukunft nur noch für solche Vorhaben zulassen, die sich exakt an die Festlegungen im Bebauungsplan halten. Außerdem wird die Verwendung von Holz als klimafreundlicher Baustoff erleichtert.

TEXT: Andrea Lindlohr Mdl

### WAHLPARTY MIT JÜRGEN MENZEL

ab 17:30 Uhr im Café LUX, Maille 4-5, 73728 Esslingen

JÜRGEN MENZEL im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern am Infostand in Nellingen.



### WAHLPARTY MIT MATTHIAS GASTEL

ab 17:30 Uhr im Saal der Ratsstuben, Bernhäuser Str. 16, 70771 Leinfeld.-Echt.

◀ MATTHIAS GASTEL und WINFRIED KRETSCHMANN Mdl im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern in Kirchheim.



## WAHL DES KREISVORSTANDES



Die zweijährige Amtszeit des Kreisvorstands **Andrea Lindlohr, Andreas Hamm, Uwe Janssen, Friederike Hörmann und Frank Hartmann** (von links) und des Kreisschatzmeisters **Hermann Sommer** (Bild rechts) läuft aus. Bei der nächsten Kreismitgliederversammlung am 21. November werden die Mitglieder deshalb einen neuen Vorstand wählen.

**WAS MACHT DER KREISVORSTAND?** Der Kreisvorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen. Er führt die Geschäfte auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern und der (dem) Kreiskassiererin. Sitzungen finden in der Regel einmal im Monat statt. Der Kreisvorstand legt mindestens am Ende seiner Amtszeit der Kreismitgliederversammlung einen Rechenschaftsbericht vor. Über die Finanzen des Kreisverbandes ist jährlich Rechenschaft abzulegen.

**WIE WIRD GEWÄHLT?** Der Kreisvorstand wird von der Kreismitgliederversammlung in geheimer Wahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Der (die) Kreiskassiererin ist in einem separaten Wahlgang zu wählen. Die Kreismitgliederversammlung kann in einem weiteren separaten Wahlgang den (die) SprecherIn des Kreisverbandes wählen. Macht sie von diesem Recht keinen Gebrauch, so kann der Kreisvorstand selbst aus seiner Mitte heraus eine(n) SprecherIn bestimmen. Nach innen sind die Mitglieder des Kreisvorstandes in jedem Falle gleichberechtigt. Die Mitglieder des Kreisvorstandes können von der Kreismitgliederversammlung insgesamt oder einzeln mit 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen abgewählt werden. Abwahanträge sind so rechtzeitig und in schriftlicher Form zu stellen, dass sie in der Einladung zur betreffenden Kreismitgliederversammlung angekündigt werden können.

**WIE KANN ICH KANDIDIEREN?** Alle, die für einen Sitz im Kreisvorstand für die nächsten zwei Jahre kandidieren möchten, sollten eine schriftliche Bewerbung an den Vorstand und das Redaktionsteam (E-Mail: mail@gruene-es.de) schicken. Diese werden dann im nächsten Kreisrundbrief veröffentlicht. Die Bewerbung sollte 350 Worte bzw. 2.500 Zeichen nicht überschreiten und ein Bild in Druckauflösung (bitte als separate Datei) beinhalten. Der Redaktionsschluss ist Freitag, 18. Oktober 2013. Spontane Bewerbungen sind auf der KMV selbst auch noch möglich.

### KANDIDATEN GESUCHT!

Kreisvorstandswahlen: Bewerbungen bitte bis Freitag 16. Oktober an mail@gruene-es.de

## VORSCHAU

**EUROPA UND SEIN EURO** Europa ist mehr als Bankenrettung. Die Europäische Union hat Europa Frieden und Wohlstand gebracht. Der Euro hat in Europa für Wechselkurs- und Geldwertstabilität gesorgt. Die europäische Integration ist auch für unsere Zukunft entscheidend wichtig. Denn nur gemeinsam kann Europa in einer globalisierten Welt Einfluss nehmen und die Zukunft gestalten. Die Zukunft der EU ist kein Thema für Eliten oder Hinterzimmer. Mehr Europa braucht starke EU-Institutionen und mehr Demokratie.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs soll, neben den Bewerbungen für einen Sitz im Kreisvorstand, eure Beiträge zu EU und Euro als Schwerpunktthema haben. Bitte meldet Euch rechtzeitig beim Redaktionsteam (E-Mail: mail@gruene-es.de). **Redaktionsschluss ist: Freitag, der 18. Oktober 2013**

# KONTAKTE

## KREISVERBAND ESSLINGEN [www.gruene-es.de](http://www.gruene-es.de)

Sonja Abele, Plochinger Strasse 8, 72622 Nürtingen

BÜROZEITEN: Mo, Di, Do 9 - 12 Uhr, Di 13 - 15 Uhr

TEL: (07022) - 35 85 1 FAX: (07022) - 93 15 09

E-MAIL: mail@gruene-es.de

## OV AICHTAL / NECKARTAL [www.gruene-aichtal.de](http://www.gruene-aichtal.de)

Dr. med. Tilman Eberle, Landhausweg 9, 72631 Aichtal

TEL: (07127) - 95 34 72 E-MAIL: tilman.eberle@web.de

## OV AICHWALD [www.gruene-aichwald.de](http://www.gruene-aichwald.de)

Hans-Jürgen Bechtel-Ebach, Silberstraße 23, 73773 Aichwald

TEL: (0175) - 97 65 180 E-MAIL: hjbechtel@gmx.de

## OV ESSLINGEN [www.gruene-esslingen.de](http://www.gruene-esslingen.de)

Helmut Müller-Werner, Maienwalterstraße 22, 73733 Esslingen

TEL: (0711) - 300 55 15 E-MAIL: info@gruene-esslingen.de

## OV FILDERSTADT [www.gruene-filderstadt.de](http://www.gruene-filderstadt.de)

Armin Stickler, Talstraße 46, 70794 Filderstadt

TEL: (0711) - 70 16 18 E-MAIL: armin.stickler@gmx.de

## OV KIRCHHEIM [www.gruene-kirchheim-teck.de](http://www.gruene-kirchheim-teck.de)

Anja Hezinger, Im Döschle 29, 73230 Kirchheim

TEL: (07021) - 73 56 76 E-MAIL: ahezinger@web.de

## OV LEINFELDEN-ECHTERDINGEN [www.gruene-le.de](http://www.gruene-le.de)

Eva Barth-Rapp, Hinterhofstraße 45, 70771 Leinfelden-Echterdingen

TEL: (0711) - 75 45 80 7 E-MAIL: eva.barth-rapp@t-online.de

## OV NECKAR-FILS

N.N.

## OV NEUFFENER TAL

Gerhard Tögel, Eichenstraße 35, 72639 Neuffen

TEL: (07025) - 44 12 E-MAIL: gerd.toegel@web.de

## OV NÜRTINGEN [www.gruene-nuertingen.de](http://www.gruene-nuertingen.de)

Jochen Braunmüller, Auf dem Steinenberg 18, 72622 Nürtingen

TEL: (07022) - 30 60 64 6 E-MAIL: ov@gruene-nuertingen.de

## OV OSTFILDERN [www.gruene-ostfildern.de](http://www.gruene-ostfildern.de)

Susanne Werner, Lenzhalde 41, 73760 Ostfildern

TEL: (07158) - 44 17 E-MAIL: susanneofi@aol.com

## OV SCHURWALD [www.gruene-schurwald.de](http://www.gruene-schurwald.de)

Karl-Ernst Kreutter, Reußensteinweg 5, 73269 Hochdorf

TEL: (07153) - 59 58 1 E-MAIL: kreutter@gruene-schurwald.de

## OV WENDLINGEN [www.gruene-wendlingen.de](http://www.gruene-wendlingen.de)

Hermann Sommer, Burggartenstraße 110, 73240 Wendlingen

TEL: (07024) - 33 30 E-MAIL: gruene-wendlingen@web.de

## OV WOLFSCHLUGEN

Gabriela Wiesmann, Lindengrabenstraße 1, 72649 Wolfschlügen

TEL: (07022) - 52 90 2 E-MAIL: gabriela.wiesmann@gmx.de

# KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV)

## Do, 26. September 2013 - 19.30 Uhr

Sportgaststätte Altbach, Esslinger Str. 106, 73776 Altbach

- TOP 1 Begrüßung und Formalia
- TOP 2 Nach der Bundestagswahl - Analyse und Aussprache
- TOP 3 BILDUNG: Andrea Lindlohr und Andreas Schwarz zur Landespolitik
- TOP 4 Delegiertenwahlen für die Bundesdelegiertenkonferenz am 19.+20. Oktober in Berlin Bundesdelegiertenkonferenz am 23. November in Bonn Landesdelegiertenkonferenz am 9.+10. November in Esslingen
- TOP 5 Verschiedenes

# WEITERE TERMINE

Di, 17. September 18 Uhr	PODIUMSDISKUSSION FÜR ERSTWÄHLER mit Matthias Gastel	Die Halle, Kanalstraße 10, 73262 Reichenbach
Di, 17. September 20 Uhr	VERANSTALTUNG ZUR ENERGIEWENDE mit Jürgen Menzel	Ostertagshof, Fliederweg 17, 73765 Neuhausen / Fildern
Mi, 18. September 19 Uhr	VEGGIEDAY IN NECKARTENZLINGEN Infoveranstaltung mit leckerem veganem Essen	Melchiorhalle, Metzinger Str. 10, 72654 Neckartenzlingen
Do, 19. September 15-17 Uhr	GRÜNE JUGEND: HOCHTOUREN-BUS zum Thema Massentierhaltung	Vor dem Stadthaus, Scharnhau- ser Park, 73760 Ostfildern
Fr, 20. September 19 Uhr	VERKEHRSPOLITIK UND WEITERE THEMEN mit Matthias Gastel	Gasthof Rössle, Auf d. Graben 5, 71111 Waldenbuch
So, 22. September ab 17:30 Uhr	WAHLPARTY NÜRTINGEN / FILDER mit Matthias Gastel	Saal der Ratsstuben, Bernhäuser Str. 16, 70771 Leinfelden-Echterdingen
So, 22. September ab 17:30 Uhr	WAHLPARTY ESSLINGEN mit Jürgen Menzel	Café LUX, Maille 4-9, 73728 Esslingen
Mo, 23. September ab 8 Uhr	BÜRGERSPRECHSTUNDE IN KIRCHHEIM mit Andreas Schwarz MdL	Grünes Büro, Postplatz 7, 73230 Kirchheim u. T.
Do, 26. September 19.30 Uhr	KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV)	Sportgastst. Altbach, Esslinger Str. 106, 73776 Altbach
Mo, 07. Oktober 18 Uhr	BÜRGERSPRECHSTUNDE IN ESSLINGEN mit Andrea Lindlohr MdL	Wahlkreisbüro, Bahnhofstr. 31, 73728 Esslingen
Sa, 12. Oktober 15 Uhr	NEUMITGLIEDERTREFFEN	Ort wird noch bekannt gegeben!
Do, 17. Oktober 19 Uhr	BERICHTE AUS DEM LANDTAG mit Andreas Schwarz MdL	Grünes Büro, Postplatz 7, 73230 Kirchheim u. T.
8. - 9. November	LANDESDIPLIERTENKONFERENZ (LDK) in Esslingen	Neckarforum, Ebershaldenstr. 12, 73728 Esslingen
Do, 21. November 19.30 Uhr	KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV) mit Winfried Kretschmann	Saal der Ratsstuben, Bernhäuser Str. 16, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Di, 28. Januar	NEUJAHRSEMPFANG 2014	Kirchheim u. T.

# IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Esslingen, Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen, [www.gruene-es.de](http://www.gruene-es.de)

HINWEIS: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion oder Bündnis 90 / Die Grünen wieder.

VISDP: Andreas Hamm, Umlandstraße 12, 73734 Esslingen

REDAKTION: Sonja Abele, Andreas Hamm

DESIGN & LAYOUT: Fabio Schneck, [www.fabio-schneck.com](http://www.fabio-schneck.com)

DRUCK: Druckerei Henzler, Nürtingen, [www.druckerei-henzler.de](http://www.druckerei-henzler.de)

PAPIER: 90g Recyclingpapier aus 100% Altpapier

AUFLAGE: 500 Stück, (1 Exemplar pro Haushalt)

DOWNLOAD: [www.gruene-es.de/rundbrief](http://www.gruene-es.de/rundbrief)